

Ungleichheitsbarometer – Ungleichheit und soziale Mobilität

Autor*innen

Marius R. Busemeyer
Nanna Lauritz Schönhage
Sharon Baute
Luna Bellani
Guido Schwerdt

Eingetrübte Aussichten: Das Konstanzer Ungleichheits- barometer belegt die Wahrnehmung zunehmender Ungleichheit

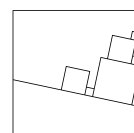
Abstract

Die Daten der neuen Erhebungswelle des Konstanzer Ungleichheitsbarometers zeigen, dass die Menschen in Deutschland eine weithin zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen wahrnehmen – nicht zuletzt weil die Befragten kaum unterscheiden zwischen der Einkommensungleichheit und der in Realität noch größeren Vermögensungleichheit. Gleichzeitig wird das Ausmaß der Ungleichheit weiterhin in gewisser Hinsicht unterschätzt. Die Zukunftsaussichten für die jüngere Generation beurteilen viele eher negativ, vor allen Dingen die Anhängerschaft der AfD. Weniger pessimistisch sind Anhänger*innen von CDU/CSU und FDP.



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“

→ [https://www.progressives-zentrum.org/
the-politics-of-inequality/](https://www.progressives-zentrum.org/the-politics-of-inequality/)



Zur Umfrage

Die hier präsentierten Daten wurden im Rahmen einer Online-Befragung der über-18-jährigen Wohnbevölkerung in Deutschland durch die Umfragefirma Kantar erhoben. Die Erhebung fand zwischen dem 14. November und 2. Dezember 2022 statt. Insgesamt nahmen 6.319 Befragte teil. Die Daten sind quasi repräsentativ; verbleibende Abweichungen werden durch Gewichtung ausgeglichen.

Wenn in der Befragung von Einkommen gesprochen wird, beziehen wir uns auf das Netto-Einkommen von Haushalten in Deutschland, zu dem Lohn/Gehalt, Rente/Pension, Kindergeld und andere Einkünfte zählen, nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Unter Vermögen verstehen wir das Vermögen von Haushalten in Deutschland als Summe von Spareinlagen, Aktien und anderen Wertpapieren, Immobilien oder anderen Wertgegenständen nach Abzug von Schulden (Kredite, Hypotheken). Die Befragten werden in der Umfrage über diese Definitionen informiert.

Einleitung

Die ökonomische Ungleichheit in Deutschland nimmt weiter zu. So lautet ein zentraler Befund des Verteilungsberichts 2022 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.¹ Wie wird diese Entwicklung in der Bevölkerung wahrgenommen? Ist die aktuelle Stimmung pessimistisch? Wird für die Zukunft eher eine Besserung erwartet oder die Fortsetzung dieser Entwicklung? Unterscheiden sich die Einschätzungen je nach parteipolitischen Sympathien?

Diese Fragen lassen sich mit dem Konstanzer Ungleichheitsbarometer beantworten, das sich schwerpunktmäßig mit der Erhebung individueller Wahrnehmungen von Ungleichheit und deren politischen Auswirkungen beschäftigt. Die Daten für das im Herbst 2020 erstmals vorgestellte Ungleichheitsbarometer werden alle zwei Jahre erhoben. In der zweiten Erhebungswelle stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt: der Vergleich von Wahrnehmungen von Einkommens- und Vermögensungleichheit, die Wahrnehmung langfristiger Ungleichheits-Trends, die Einschätzungen zu den Lebenschancen nachfolgender Generationen sowie der Zusammenhang zwischen diesen Wahrnehmungen und politischer Einstellung. Dieses Policy Paper berichtet über zentrale Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle im Herbst 2022.

Verzerrte Wahrnehmung von Einkommens- und Vermögensungleichheit

Bereits in der ersten Erhebungswelle hat das Ungleichheitsbarometer ein Muster von verzerrten Wahrnehmungen von Einkommensungleichheit nachgewiesen, das auch aus anderen Untersuchungen bekannt ist.² Wenn Befragte darum gebeten werden, ihre relative Position auf einer 10-stufigen Einkommensleiter selbst einzuschätzen, zeigt sich ein deutlicher Verzerrungseffekt hin zur Mitte auf der Skala: Befragte mit höheren Einkommen tendieren dazu, sich auf der Skala auf einer niedrigeren Position einzuordnen im Vergleich zu ihrer tatsächlichen Einkommensposition. Befragte mit niedrigem Einkommen hingegen überschätzen ihre relative Position. Insgesamt ordnen sich also wesentlich mehr Befragte der Mittelschicht zu als objektiv gerechtfertigt. Das tatsächliche Ausmaß der Ungleichheit wird somit unterschätzt. Das könnte dazu führen, dass es insgesamt weniger Unterstützung für eine Politik der Umverteilung gibt.³

In der zweiten Erhebungswelle des Barometers wollten wir nun wissen, ob diese Verzerrungseffekte auch auftreten, wenn Individuen nicht nach ihrer relativen Einkommensposition gefragt werden, sondern nach ihrer relativen Position in der Verteilung von Vermögen. Dabei wurde sichergestellt, dass die Befragten jeweils nur eine der beiden Fragen zur Selbsteinordnung gestellt bekommen, also nur nach Einkommen oder nur nach Vermögen gefragt wurden. Die Befragten konnten also nicht automatisch die gleiche Antwortkategorie wählen, was hilfreich für die genaue Analyse ist. Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse zu den Selbsteinschätzungen der Befragten hinsichtlich ihrer relativen Position in der Verteilung von Einkommen und Vermögen.

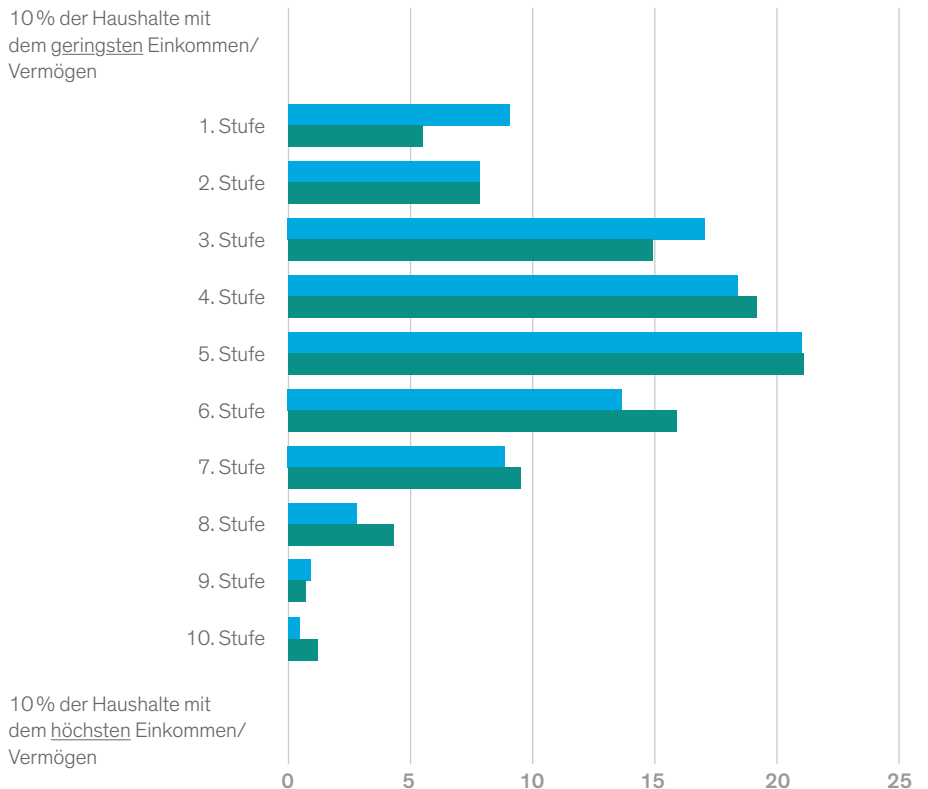
¹ <https://www.wsi.de/de/verteilungsbericht-2022-30037-gini-koeffizient-30069.htm>

² Bellani, L., Bledow, N., Busemeyer, M.R. and Schwerdt, G. (2021) „When everyone thinks they're middle-class: (Mis-)Perceptions of inequality and why they matter for social policy“. Policy Paper 06: Inequality Barometer – Inequality and Social Mobility, S. 3.

³ Bellani et al. 2021: S. 8.

Abbildung 1: Selbsteinschätzung der Befragten hinsichtlich ihrer Position in der Verteilung von Einkommen und Vermögen (Angaben in Prozent)

- Vermögen
- Einkommen



Diese Abbildung zeigt, dass die relative Verteilung der Befragten über die verschiedenen Stufen der Leiter ziemlich ähnlich ist – mit etwas größeren Unterschieden auf der ersten, dritten und sechsten Stufe. Das heißt, die Befragten unterscheiden im Großen und Ganzen nicht zwischen der Verteilung von Einkommen und Vermögen, wenn sie nach der Selbsteinschätzung ihrer relativen Position gefragt werden.

Da die oberen Schichten besonders in Deutschland über unverhältnismäßig große Vermögenswerte verfügen, deutet dieser Befund auf einen weiteren Verzerrungseffekt der individuellen Wahrnehmungen hin. Eine umfangreiche vergleichende Studie von Pfeffer und Waitkus zu Vermögens- und Einkommensungleichheit zeigt, dass in Deutschland den „oberen 5 Prozent“ 41,6 Prozent des gesamten Vermögens (Immobilienvermögen, Wertpapiere und weitere Finanzanlagen) gehören, aber „nur“ 15,8 Prozent des gesamten Einkommens.⁴ Die Verteilung von Vermögenswerten ist also nochmals deutlich ungleicher zugunsten der oberen Schichten als die Verteilung von Einkommen. Dennoch – so scheint es – wird dies von den Befragten nur sehr eingeschränkt so wahrgenommen.

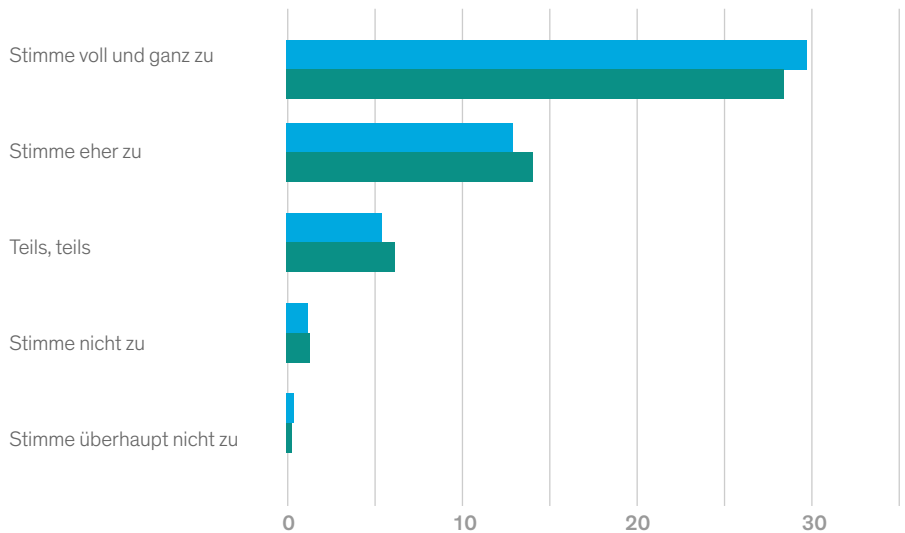
Diesen Befund unterstützt auch die Abbildung 2. Hier wurden die Teilnehmenden direkt nach ihrer Einschätzung zum Ausmaß von Einkommens- oder Vermögensungleichheit in Deutschland befragt, wobei jede/r Befragte wieder nur eine dieser beiden Fragen vorgelegt bekam. Abbildung 2 zeigt die Verteilung der Antworten auf die Frage, ob die Einkommens- bzw. Vermögensunterschiede nach Auffassung der Befragten „in unserer Gesellschaft“ zu groß seien. Wieder zeigt sich, dass sich die Antwortmuster recht ähnlich sind, unabhängig davon, zu welcher der beiden Kategorien (Vermögen bzw. Einkommen) die Teilnehmenden befragt wurden. Und das, obwohl die Vermögensungleichheit real wesentlich stärker ausgeprägt ist als die Einkommensungleichheit.

⁴ Pfeffer, Fabian/Waitkus, Nora, 2021: The Wealth Inequality of Nations, American Sociological Review 86(4): 567-602, S. 594.

Allerdings zeigen die Ergebnisse auch, dass eine relative Mehrheit von ca. 28 Prozent der Aussagen „voll und ganz“ und etwa 14 Prozent immerhin „eher“ zustimmen. Das heißt: Es ist durchaus eine hohe Sensibilität gegenüber dem Thema Ungleichheit vorhanden, die vielleicht sogar noch stärker ausgeprägt wäre, würden die Befragten das reale Ausmaß der Ungleichheit objektiv richtig(er) einschätzen.⁵

Abbildung 2: Generelle Einschätzungen zum Ausmaß von Einkommens- und Vermögensungleichheit (Angaben in Prozent)

- Vermögen
- Einkommen



Wahrnehmungen zu langfristigen Trends in der Entwicklung von Ungleichheit

Eine eher pessimistische Sichtweise zeigt sich auch, wenn nach den Wahrnehmungen langfristiger Entwicklungstrends von Einkommensungleichheit gefragt wird. Wie oben bereits erwähnt, hat die Einkommensungleichheit objektiv über den Zeitraum der letzten 30 Jahre zugenommen. Eine differenzierte Betrachtung zeigt allerdings auch einige positive Entwicklungen, besonders in den letzten Jahren: Die Einkommensungleichheit hat sich nach stärkeren Anstiegen in den 1990er und frühen 2000er Jahren inzwischen eher stabilisiert; die Löhne sind tendenziell gestiegen – auch im Niedriglohnbereich dank der Einführung des Mindestlohns –; und die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem niedrigen Niveau.⁶

Auf der Ebene der Wahrnehmungen dominiert allerdings klar ein negativer Trend, wie Abbildung 3 zeigt. Die entsprechende Frage lautete, ob aus subjektiver Sicht die Ungleichheit in den beiden letzten Jahrzehnten gestiegen oder gesunken sei. Abbildung 3 zeigt, dass 45 Prozent der Meinung sind, die Ungleichheit sei „stark“ angestiegen, und immerhin weitere 23 Prozent, dass sie „etwas“ angestiegen sei. Auch hier zeigt sich eine hohe Sensibilität was das Thema Ungleichheit angeht.

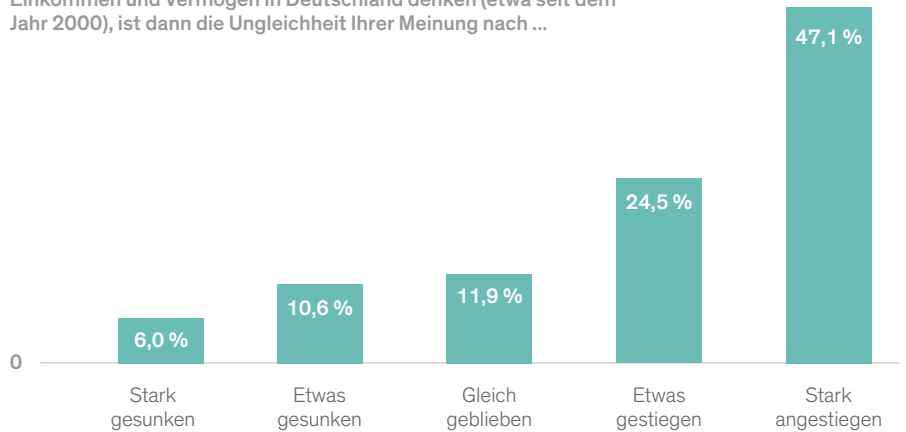
⁵ So auch ein Befund dieser Studie: Cruces, G., Perez-Truglia, R., & Tetaz, M. (2013). Biased perceptions of income distribution and preferences for redistribution: Evidence from a survey experiment. *Journal of Public Economics*, 98, 100–112.

⁶ Grabka, Markus M., 2021: Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, DIW-Wochenbericht 18/2021.

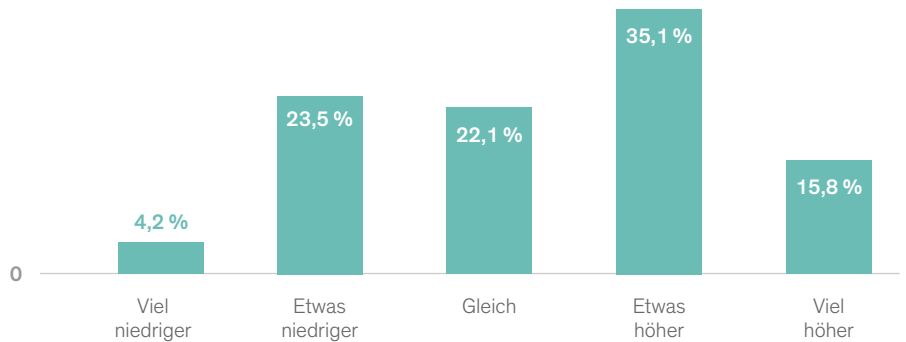
Abbildung 3: Einschätzungen zu längerfristigen Trends der Ungleichheit in Deutschland und Europa

● Anteil der Befragten

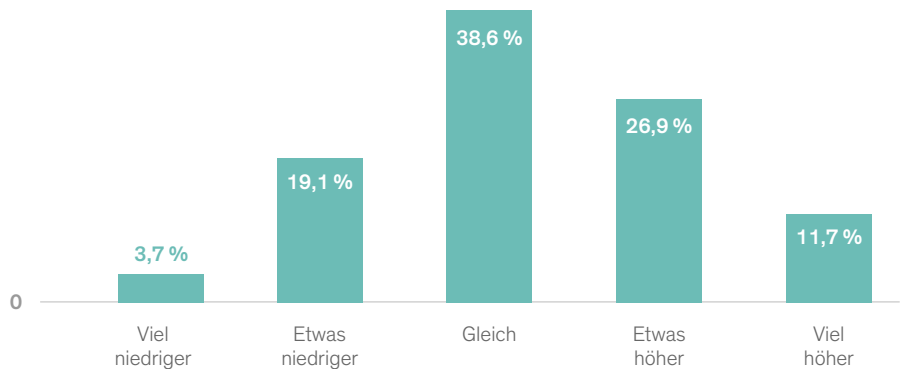
Wenn Sie an die langfristige Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Deutschland denken (etwa seit dem Jahr 2000), ist dann die Ungleichheit Ihrer Meinung nach ...



Wenn Sie Deutschland mit anderen Ländern in Europa vergleichen, ist dann die Ungleichheit in Deutschland im Vergleich ...



Wenn Sie Ihre Heimatregion mit dem Rest von Deutschland vergleichen, ist dann die Ungleichheit in Ihrer Region im Vergleich ...



Zusätzlich zur Einschätzung des längerfristigen Trends wurden die Befragten gebeten, ihre Einschätzung zum Ausmaß von Ungleichheit in verschiedenen Ländern und Regionen abzugeben. Danach befragt, ob die Ungleichheit in Deutschland stärker als in anderen Ländern Europas zugenommen habe, ist eine relative Mehrheit von 35 Prozent der Meinung, dass diese „etwas höher“ als in anderen Ländern ist. Das kommt der Realität ziemlich nahe.⁷ Was schließlich die Beurteilung der Ungleichheit ihrer Heimatregion im Verhältnis zum Rest von Deutschland betrifft, ist die größte Gruppe (38 Prozent) der Meinung, dass diese in etwa gleich hoch wie in anderen Regionen ist. Somit deutet sich tendenziell ein Muster an, dass die subjektiven Wahrnehmungen von Ungleichheit etwas weniger pessimistisch werden, je näher das „Vergleichsobjekt“ an die eigene Lebenswelt heranrückt.

⁷ Laut Eurostat-Daten für das Jahr 2021 betrug der Gini-Index in Deutschland 31.2 im Vergleich zu 30.1 für den EU-Durchschnitt, vgl. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_DI12__custom_5226486/default/table?lang=en

Gerade bei diesen beiden Variablen zeigen sich außerdem interessante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Osten Deutschlands sind mehr Leute der Meinung, dass die Ungleichheit in Deutschland „etwas“ oder „viel“ höher ist als in anderen Ländern Europas (insgesamt 54 Prozent im Osten im Vergleich zu 49 Prozent im Westen). Bei der Frage zu regionalen Ungleichheiten ist der Unterschied – wie zu erwarten – noch größer: Hier sind im Osten 53 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Ungleichheit in ihrer Heimatregion im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands etwas oder viel höher ist – im Westen sind dies lediglich 34 Prozent.

Einschätzungen zu den Chancen zukünftiger Generationen

Der Hang zum Pessimismus zeigt sich darüber hinaus besonders bei den Einschätzungen zur Zukunft der jüngeren Generation. Gefragt wurde nach der Meinung, ob es für die Jüngeren bessere oder schlechtere Chancen gebe, gemessen auf einer 5-Punkt-Skala. Abbildung 4 zeigt, dass nur 32 Prozent der Meinung sind, dass sich die Chancen der jüngeren Generation „deutlich“ oder „eher“ verbessern. 47 Prozent sind hingegen der Meinung, dass sich die Chancen „deutlich“ oder „eher“ verschlechtern. Dieser Pessimismus ist einerseits im Lichte der Mega-Krisen der letzten Jahre verständlich, andererseits angesichts der fortschreitenden Bildungsexpansion sowie der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung erstaunlich.

Abbildung 4: Einschätzung zu Zukunftschancen jüngerer Generationen

● Anteil der Befragten

Wenn Sie an die Zukunft der jüngeren Generation in Deutschland denken, hat diese Generation im Hinblick auf ihren sozialen Aufstieg im Vergleich zu ihrer Elterngeneration Ihrer Meinung nach ...

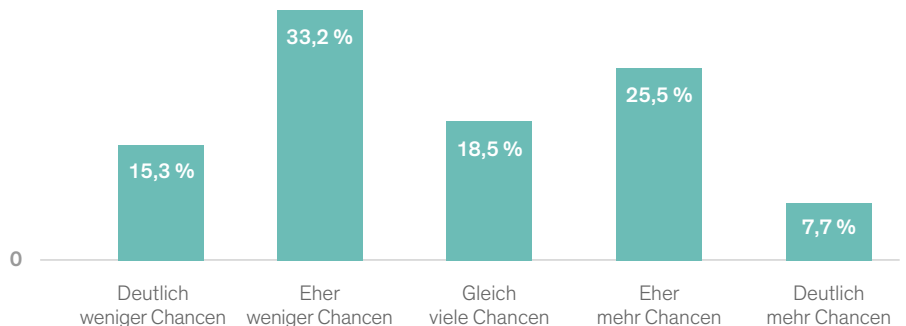


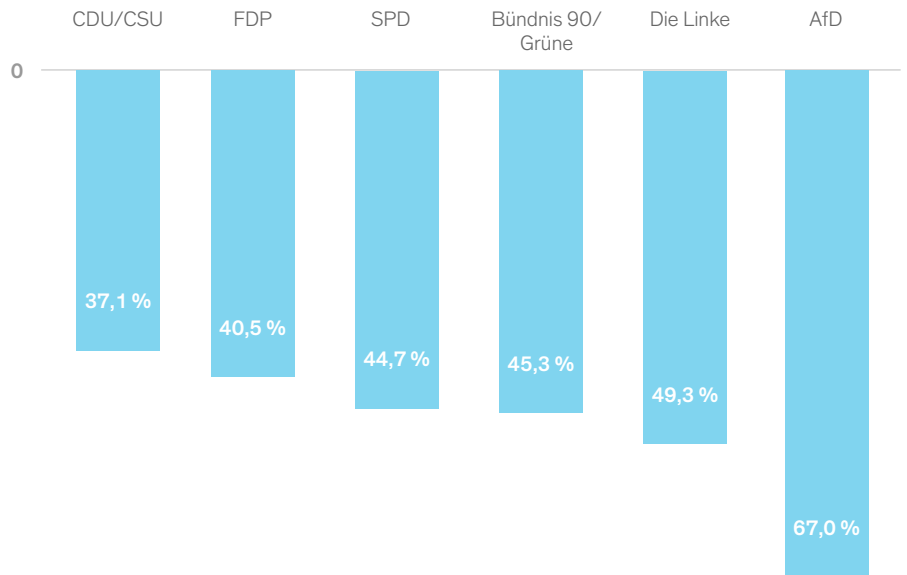
Abbildung 5 zeigt, dass der Zukunftspessimismus systematisch mit parteipolitischen Präferenzen und Identitäten zusammenhängt. Sie zeigt den Anteil der Befragten, die „deutlich“ oder „eher“ weniger Chancen für jüngere Generationen sehen in Abhängigkeit von der Parteipräferenz. (Diese leitete sich ab von der „Sonntagsfrage“, wen man also am nächsten Sonntag wählen würde). Die Anhänger*innen der rechtspopulistischen AfD sind hinsichtlich ihrer Einschätzung der Chancen jüngerer Generationen besonders pessimistisch. Wie mit Daten aus der ersten Befragungswelle des Barometers gezeigt werden konnte, sind AfD-Unterstützer*innen aber signifikant weniger als Anhänger anderer Parteien bereit, den Bedürfnissen zukünftiger Generationen eine höhere Bedeutung zukommen zu lassen.⁸ Dieser scheinbare Widerspruch löst sich dann auf, wenn man davon ausgeht, dass die AfD-Wähler*innen auch besonders pessimistisch in ihrer Einschätzung der aktuellen Lage sind. Es gibt offenbar ein starkes Bedürfnis, den akuten Nöten der heute lebenden Generationen mehr Gewicht zu geben als den Bedürfnissen zukünftiger Generationen.

⁸ Busemeyer, Marius R., 2023: Who cares for the future? Exploring public attitudes towards the needs of future generations in Germany, Journal of European Public Policy, <https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2165697>

Am wenigstens zukunftspositiv sind die Anhängerschaften der bürgerlich-konservativen Rechtsparteien (CDU/CSU und FDP). Aber auch hier – das ist zu betonen – sind fast 40 Prozent der Meinung, dass sich die Chancen der jüngeren Generationen verschlechtern. Die Anhängerschaft der verschiedenen linken Parteien befindet sich zwischen diesen Extremen. Der auch hier vergleichsweise starke Zukunftspessimismus dürfte hier in besonderer Weise mit den durchwachsenen Perspektiven zur Lösung globaler Probleme, insbesondere des Klimawandels, zu tun haben, auch wenn die Umfragedaten dies nicht direkt zeigen können.

Abbildung 5: Zukunftsaussichten für jüngere Generation in Abhängigkeit von Parteipräferenz

● Anteil der Befragten



Policy-Implicationen & Handlungsempfehlungen

1. Die Analyse der zweiten Erhebungswelle des Konstanzer Ungleichheitsbarometers beinhaltet wichtige Schlussfolgerungen für politische Entscheidungsträger*innen. Bereits in der ersten Erhebungswelle war eine unserer Handlungsempfehlungen, besser über das Thema Ungleichheit zu informieren. Durch eine solche Schärfung des öffentlichen Bewusstseins ist die potenziell vorhandene Unterstützung für eine engagierte Umverteilungspolitik besser zu mobilisieren. Diese Handlungsempfehlung wiederholen wir angesichts der neuen Ergebnisse mit Nachdruck. Unsere Daten deuten an, dass die Menschen in Deutschland in Bezug auf die Ungleichheit von Vermögen noch weniger gut informiert zu sein scheinen als beim Thema Einkommensungleichheit. Vermögen ist weniger greifbar als Einkommen, und die Lebenswirklichkeit der „obersten 5 Prozent“ in der Vermögensverteilung womöglich noch weiter entfernt von der Lebenswelt der meisten Menschen. Das könnte diese Effekte erklären. Die politisch aufgeladenen Debatten über Erbschafts- und Vermögensteuer zeigen aber auch, dass viele Menschen aus der Mitte der Gesellschaft offensichtlich (fälschlicherweise) glauben, sie seien von solchen Steuern direkt betroffen; sie unterschätzen, wie relativ reich andere und wie relativ arm sie selbst sind.

Die erste Handlungsempfehlung lautet daher, öffentliche Debatten vor allem für die besonders ungleiche Verteilung von Vermögen zu sensibilisieren und so zu einer besser informierten Wahrnehmung der Bürger*innen beizutragen.

2. Eine zweite Handlungsempfehlung zielt auf den weithin verbreiteten Pessimismus hinsichtlich der langfristigen Entwicklungen von Ungleichheit in Deutschland und besonders im Hinblick auf die Zukunftsaussichten jüngerer Generationen. Auch hier scheint es zunächst paradox, dass die Befragten das Ausmaß von Ungleichheit unterschätzen, gleichzeitig aber übermäßig pessimistisch sind, was langfristige Trends und Aussichten angeht. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich dann auf, wenn man bedenkt, dass die Meinungen zu Trends und Aussichten weniger auf der tatsächlichen Lebenserfahrung der Befragten basieren, sondern häufig durch politisch motiviertes „Framing“ beeinflusst werden – wie etwa durch rechtspopulistische Parteien. Wobei es ja tatsächlich reale Sorgen und Nöte gibt, denen sich Entscheidungsträger*innen stellen müssen. Es besteht allerdings eine gewisse Gefahr, dass ein überbordender Zukunftspessimismus zu einem echten politischen Hindernis bei der Umsetzung einer auf Fortschritt, Innovation und sozialen Aufstieg ausgerichteten politischen Agenda werden kann.

Die zweite Handlungsempfehlung besteht daher darin, durch eine gezielte Ausrichtung von politischen Initiativen und der begleitenden Kommunikation auf Themen wie soziale Mobilität, Zukunftschancen, Innovation und Bildung dem grassierenden Zukunftspessimismus ein gewisses Maß an Zukunftsoptimismus entgegenzusetzen.

Autor*innen



Marius R. Busemeyer

Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Wohlfahrtsstaatenforschung, Bildungs- und Sozialpolitik, Theorien des institutionellen Wandels sowie der Digitalisierung.



Nanna Lauritz Schönhage

Nanna Lauritz Schönhage ist Politikwissenschaftlerin und Post-Doktorandin am Exzellenzclusters „Die Politik der Ungleichheit“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des politischen Verhaltens von Eliten und Wählern, politischer Verantwortlichkeit und Repräsentation.



Sharon Baute

Sharon Baute ist Juniorprofessorin für Vergleichende Sozialpolitik am Fachbereich Politik und Verwaltung sowie Principal Investigator am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz. Ihre Forschung umfasst Themen der Sozialpolitik, der europäischen Integration und des Euroskeptizismus.

Autor*innen



Luna Bellani

Luna Bellani ist eine angewandte Mikro-
ökonomin. Sie ist Lecturer am Institut für
Volkswirtschaftslehre der Universität Ulm
und Research Associate am Exzellenzcluster
„The Politics of Inequality“. Ihre Forschungs-
interessen umfassen inter-Generationen-
Mobilität in Bezug auf Einkommen und
Bildung, politische Umverteilungsökonomie
sowie Haushalts- und Gender-Ökonomie.



Guido Schwerdt

Guido Schwerdt ist Professor für Public
Economics sowie Principal Investigator
und Mitglied des Erweiterten Vorstands am
Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“
an der Universität Konstanz. In seine For-
schung konzentriert er sich auf Politikevalu-
ierung, Bildungs- und Arbeitsmarktökono-
mie sowie Public Economics.

Universität Konstanz
Exzellenzcluster
„The Politics of Inequality“

Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand: Marius R. Busemeyer,
Claudia Diehl, Gabriele Spilker
Geschäftsführung: Thomas Wöhler

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck
oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten des Progressiven Zentrums
auch in Auszügen ist nur mit vor-
heriger schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Cluster of Excellence
„The Politics of Inequality. Perceptions,
Participation and Policies“ und
Das Progressive Zentrum e. V.

Das Progressive Zentrum e. V.

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin
T +49 30 400 542 55
mail@progressiveszentrum.org

Vorstand: Wolfgang Schroeder,
Judith Siller, Joachim Knodt,
Katarina Niewiedzial, Michael Miebach
Geschäftsführung: Dominic Schwickert

Bilder
S. 9, 10 Ines Janas

Redaktion
Paul Stoop

Gestaltung & Layout
yella park



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ [https://www.progressives-zentrum.org/
the-politics-of-inequality/](https://www.progressives-zentrum.org/the-politics-of-inequality/)

Impressum

The Politics of Inequality Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populist*innen, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– inequality.uni.kn  [@EXCInequality](https://twitter.com/EXCInequality)

Gefördert durch:

 Deutsche
Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/1-390681379

Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteur*innen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker*innen und Entscheidungsträger*innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

– progressives-zentrum.org  [@DPZ_Berlin](https://twitter.com/DPZ_Berlin)

 [@dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)